



PARABEL



ZEITUNG DER GIESSENER FH-STUDENTEN

Wird der
FH-Sport gestrichen?

E.T.
vorn!



Abbau der Sozial und
Kulturwissenschaftlichen
Fächer an der FH!

Liebe Erstsemester

Eure Parabel-Redaktion, der ASTA und die Basisgruppe an der FH, wünschen Euch einen guten Start an der Fachhochschule. Ihr werdet sicher gerade am Anfang genug Probleme damit haben, Euch zurechtzufinden, zu immatrikulieren und ein Zimmer zu bekommen etc.. Es wird eine Menge an Informationen auf Euch einstürzen, die nur auf einmal gar nicht verarbeiten kann. Um Euch den Anfang etwas zu erleichtern, gibt der ASTA jedes Semester ein Erstsemester-Info heraus. Dieses Info enthält Informationen zur direkten Verwendung: FH-Wegweiser, Hochschulsport, Kneipen usw.. Das Info enthält aber auch eine Menge Parabel, die eine Möglichkeit bieten, sich in die Problematik der FH bzw. der Selbstverwaltung der Studenten einzuarbeiten. Wer darüberhinaus ein Informationsbedürfnis hat und eventuell auch Anschluß an Gruppen sucht, die sich in der Selbstverwaltung bzw. politisch organisieren, sollte die Gruppentreffs der Fachschaften bzw. des ASTA/Basisgruppen wahrnehmen. Alle Sitzungen bzw. Treffs sind öffentlich. ASTA-Sitzung ist dienstags 18.30 Uhr, die Treffs der Fachschaften erfahrt Ihr im ASTA. Die Mitarbeit in solchen Gruppen bringt neben einem Durchblick durch den Apparat der FH, was ganz nützlich ist, außerdem auch, wegen des Anschlusses an eine Gruppe, einige Vorteile in Bezug auf die Informationen im Studium. Es ist für das Studium enorm wichtig, sich in Gruppen zu organisieren. Es erleichtert wesentlich die Arbeit und

vor allem bekommt man wichtige Informationen. Wie wichtig es ist gut informiert zu sein, werdet Ihr bald erfahren.



Impressum:
Herausgeber: die parabelredaktion
giessen, wiesenstrasse 14. verantwortlich im Sinne des presserechtes andreas hiller, biebental-krumbach in der hude 16; bernd richter, giessen, katarinengasse 13; heiko sichau, biebental-krumbach, in der hude 16; andre desch, wetzlar, lampertstraße 13; manuel lauppe, schanzenstrasse 13; hossein zalzadeh, giessen, eichendorffring 97; trixi bielmann, biebental-krumbach, in der hude 16; dorothea zeh, wismar, krofdorferstrasse 10; franz miller, giessen, Marburgerstrasse; roland contrino; felix de la munoza, launsbach; arman rohani, giessen, wiesenstrasse 12; layouttechnik: wir alle; comics: arm an, gerhart seyfried und andere geklaute; druck: druck&graphik, giessen, grünbergerstrasse 135; auflage: eintausendzweihundertzweikommanull; für dreckfuhrer keine haftung.

Ich möchte noch etwas über die Erstsemester-Einführung schreiben. Früher wurden die Einführungen von Mentoren gemacht, die oft den Fachschaften oder dem ASTA angehörten, dadurch wurden die Erstsemester früher auch über die studentische Selbstverwaltung informiert. Auch heute gibt es noch vereinzelt Fachschaftler als Mentoren, diese bilden jedoch die Ausnahmegruppen. Somit fehlt oft eine sinnvolle Information über die studentischen Gremien. Das dies sich so nachteilig entwickelt hat, beruht auf der von unserem Rektor verordneten Mentorenordnung, die nur noch Mentoren zuläßt, die als "Vorbilder" im Sinne unseres Rektors gelten. Sprecht also

Eure Mentoren darauf an, daß sie mit dem ASTA einen Termin ausmachen, an dem Ihr alle in den ASTA herunterkommt und Euch direkt bei uns informiert. Ein guter Mentor wird das von selbst vorschlagen. Solltet Ihr der Meinung sein, Euer Mentor macht die Beratung nur wegen der Kchle und schludert sie hin, kommt in den ASTA, wir sind immer Euer Ansprechpartner. Viel Glück für den Anfang,

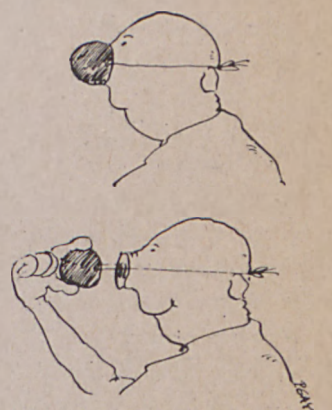
Euer ASTA-Vorsitzender Andreas

100.ste Ratssitzung - "kein Grund zum feiern"

Für uns Student(inn)en gab es an diesem 19.1.83, wie die 99. Sitzung zuvor, keinen Anlaß zum Feiern. Lediglich die Herren Professoren konnten zufrieden sein. War es ihnen doch bisher ausgezeichnet gelungen, die für uns Student(inn)en wichtigen Anträge mit unerreichbarer Geschlossenheit à la "Wass de Bauer nid kennt, dess frisst er nid" liberal unter den Tisch fallen zu lassen. Diese Form von Dämonokratie wurde durch das Hochschulrahmengesetz in unerreichbare Sphären emporgehoben. Diese Art der Abstimmung über studentische Belange hat für die beteiligten Professoren als masturbatorisches Element sehr stark zu deren ideologischer Befriedigung beigetragen und wird es wohl auch in Zukunft weiterhin tun. Vonseiten der Student(inn)en wird jetzt schon 100 Ratssitzungen lang sehnsüchtig auf einen niveauvollen Abgang von reaktionären provisorischen Elementen gewartet. Allerdings, so scheint es zumindest, sind diese mit "Börner-Beton" bzw. "Wallmann-Kleister" an ihren Stühlen fixiert. Kandidieren dann wirklich einmal Professoren, die uns Student(inn)en nicht voller Vorurteile gegenüber stehen, so haben sie, ebenso wie bei den Dekanswahlen in den Fachbereichsräten, keine Chance, da bekanntlich eine Krähe der anderen kein Auge aushackt, sondern - im Gegenteil - mit ihr zusammen auf die Jagd nach Friedenstauben geht. Die 100. Ratssitzung fing schon eine halbe Stunde früher an als üblich. Diese erste halbe Stunde fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, da es um die Verabschiedung von 2 Honorarprofes-

suren ging. Laut Fachhochschulgesetz bin ich als Ratsmitglied dazu verpflichtet, über diese Abstimmung Stillschweigen zu bewahren (Originalton Rektor). Wenn ich einmal ganz pauschal sage, daß ich die ganze Sache für eine zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit halte, so ist dies bestimmt keine inhaltliche Aussage und verstößt somit auch nicht gegen das Fachhochschulgesetz. Wer genaueres über die Sache erfahren will, wird schon wissen, wo er die entsprechenden Informationen herbekommt. Vielleicht bei einem angetrunkenen professorischen Ratsmitglied, oder bei einem S.u.e.t.i..h.n R.....glied (Schei. Schreibmaschine). Ich für meinen Teil bin schweigsam wie ein Grab. Schluß mit der Geheimnistuerei und weiter mit der Tagesordnung. Um 14. Uhr begann der öffentliche Teil der Sitzung. Die für uns Student(inn)en wichtigsten Punkte vorweg. Über unseren Antrag zur Atomwaffenfreien Zone wurde erst überhaupt nicht abgestimmt, da Herr Lamperstorfer, seines Zeichens Prorektor, durch einen übergestellten Antrag zur Geschäftsordnung, nämlich über den studentischen Antrag nicht abzustimmen, da er für die Belange der FH uninteressant wäre, dies gerade noch verhindern konnte. Bei dem Tagesordnungspunkt 8 Studienberatung; hier: Richtlinien für die fachlichen Anforderungen an das Beratungspersonal, die Organisation und die Durchführung der Studienberatung Stellungnahme des Rates wurde von unserer Seite darauf aufmerksam gemacht, daß es rechtliche Bedenken gegen die Verab-

schiedung dieses TOP's gäbe. Herr Mollenhauer, seines Zeichens Studienberater, stimmte, wie auch der Rektor, unseren Einwänden teilweise zu. Unser Antrag zur Geschäftsordnung, die Abstimmung über diesen TOP auf die nächste Ratssitzung zu verschieben, wurde trotz dieser berechtigten Einwände nicht angenommen. Mir ist dabei allerdings nicht entgangen, daß Herr Müller (1. Rektor 1971 der FH) zu nächst mit uns Student(inn)en für den Geschäftsordnungsantrag seine Hand hob und diese, nachdem er einen Blick zum Rektor geworfen hatte, sofort wieder zurückzog. Ich möchte Herrn Müller doch nahelegen, bei den nächsten Abstimmungen erst zum Rektor zu schauen und dann abzustimmen, um solche Peinlichkeiten zu vermeiden. Danach wurde der Antrag gegen unsere Stimmen verabschiedet. Als gegen 16 Uhr der Jubiläumsteil begann, sahen wir es als studentische Vertreter als unsere Pflicht an, unseren Protest gegen die Verherrlichung dieses Gremiums für alle Anwesenden gut sichtbar und lautstark zum Ausdruck zu bringen.



Einigen Professoren hätte eine Pappnase sicherlich besser zu Gesicht gestanden als ihre eigene.

Da die Faschingszeit nicht mehr weit war, hatten wir keine Kosten und Mühen gescheut und uns mit Clowns-Nasen, Papphütchen, Tröten, Lachsack und Furzkissen aufs beste für den Jubiläumsteil präpariert. Unsere Darbietung muß laut Professoren theaterreif gewesen sein, womit dem Nagel auf dem Kopf getroffen wurde d.h., daß der Rat in Wirklichkeit ein Theater ist, in dem professorische Schmierkomödien vorgeführt werden und zwar auf Kosten der Student(inn)en. Ich glaube es ist an der Zeit,

den Rat zur denkfreien Zone zu erklären. Als letzter TOP standen nicht ernstgemeinte Beiträge auf dem Programm. Ich für meinen Teil beende diesen Artikel mit einer völlig ernstgemeinten Bitte.

Lieber Rektor, lieber Prorektor, Ihre Darbietung: Rektor am Klavier, Prorektor Sprache, war vom künstlerischen Standpunkt her gesehen eher dürftig, aber im Vergleich zu Ihren Tätigkeiten hier an der Fachhochschule, absolute Spitze. Ich bitte Sie beide deshalb, Ihre Posten an der FH niederzu-

legen und stattdessen Ihre Nummer in den einschlägigen Giessener Etablissements zum besten zu geben.

Mit den Einkünften werden Sie sicherlich nicht so einfach über die Runden kommen wie im Moment, dafür würde es uns Student(inn)en unseren Aufenthalt an dieser FH entschieden erleichtern.

In der utopischen Hoffnung das Sie beide mir diese Bitte erfüllen, verbleibe ich als studentischer Vertreter weiter an dieser Fachhochschule.

Der Ingenieur in der Gesellschaft

Wir meinen, daß auch dieses Thema innerhalb dieses Heftes behandelt werden sollte, weil es im Verlauf des Studiums viel zu wenig angesprochen wird. Es ist ja nicht so, daß der Ingenieur nur Ingenieur ist und sonst nichts weiter. Nein, der Ingenieur ist ein Teil dieser Gesellschaft, wenn auch nur ein kleiner, der wie jeder andere Verantwortung zu tragen hat, für das was er macht, und das nicht nur in seiner Freizeit, sondern auch bei seiner Arbeit.

Gerade im 20. Jahrhundert, in dem wir geboren sind, sind von Naturwissenschaftlern, zu denen auch alle Ingenieure zugeordnet werden dürfen, bedeutende techn. Erneuerungen ent- und weiterentwickelt worden. Gewiß sind unter diesen techn. Erungenschaften viele dabei, die das Leben der Menschen erheblich erleichtert haben (vom Korkenzieher bis zur automatischen Heizung) aber man darf auch jene Entwicklungen nicht übersehen, die gar nicht so zum Wohl des Menschen be-

stimmt sind, man denke da zum Beispiel an die Atombombe, an Raketen, an Panzer etc., alles Geräte, mit denen die Menschheit (auch die Ingenieure) in Kürze ausgelöscht werden kann, aber auch an nicht so gefährlich erscheinende naturwissenschaftliche Entwicklungen, wie



es z.B. die Verbrennungsmotoren, Kraftwerke aller Art, Pestizide, Herbizide etc. darstellen, die das physische Leben zwar langsam aber doch kontinuierlich immer mehr bedrohen. Die dritte Art von Erneuerungen, eigentlich die aktuellsten, sind diejenigen, die in die Psyche des Menschen

eingreifen. Dazu gehören z.B. Computer, wie auch Spione, Richtmikrophone etc., Geräte, die dafür bestimmt sind, Bürger vom Scheißen bis zur Bettscene zu überwachen, um auch den letzten Furz elektronisch zu speichern.

Man sieht also deutlich, daß nicht nur Dinge entwickelt werden die zum Wohle des Menschen gereichen, sondern das gerade in letzter Zeit vermehrt an solchen Maschinen, Geräten und Sachen geforscht und weiterentwickelt wird, die das schlimmste an der Menschheit verursachen können. Dabei wird den Ingenieuren und Technikern, die an diesen Entwicklungen beteiligt sind, ein solches Bewußtsein eingehämmert, daß dem von Menschenfressern und Folterknechten oft nicht mehr weit nachsteht. Es stellt sich nun die Frage, ob die Fachhochschule bzw. die Professoren nicht auch schon dazu beitragen, das Bewußtsein der angehenden Ingenieure in diese Richtung zu lenken, das sie sich später solchen abscheulichen Techniken widmen.

Nun, wir glauben, daß die Studenten in der Fachhochschule schon während ihres Studiums darauf getrimmt werden, alles einfach hinzunehmen, wenn es auch noch so unmoralisch und menschenverachtend ist. Wir wollen Dir, der Du noch alles vor Dir hast einmal erklären, was die Profs von Dir als zukünftiger Ingenieur sowohl während des Studiums erwarten, als auch wie sie sich Dich als Ingenieur innerhalb der Gesellschaft sehen wollen. Was erwarten nun die Profs von den Studenten bzw. von Dir?

a) während des Studiums:

- daß sie alles hinnehmen, was man ihnen vorkaut,
- daß sie, falls sie noch als Mensch in die FH kommen als fast Vollautomat die FH wieder verlassen,
- daß sie auch an dem von den Profs vorgegebenen Lehrangebot nicht Kritik üben,
- daß sie die Profs als Vorbilder anerkennen und ihnen die Geschichten von ihren langjährigen Erfahrungen in den Betrieben abnehmen,
- daß sie, wie sie selber, immer aus der Sicht der Unternehmer denken,
- daß sie nach Abschluß des Studiums jede Arbeit annehmen, auch in der Rüstungsindustrie.

b) von Ingenieuren während der Arbeit und in der Gesellschaft:

- daß sie dem Unternehmer nicht widersprechen,
- daß sie alles machen, was der Unternehmer haben will, (von der Kugel bis zum Panzer),
- daß sie nicht nachdenken über die Folgen, die etwas neuentwickeltes nach sich ziehen kann,
- daß sie dem Unternehmer helfen, den Gewinn zu maximieren,
- daß sie sich mit gesellschaftlichen Problemen nicht auseinandersetzen, denn dazu haben wir ja Geisteswissenschaftler,

- daß sie im Rahmen des Demokratieverständnisses alle 4 Jahre zur Urne laufen und bei der Partei ihr Kreuzchen machen, die das größte Wirtschaftswachstum verspricht.

Aus dem meisten dieser Punkte geht hervor, daß der Ingenieur wie eine Maschine funktionieren soll, also nur ein Erfüllungsgehilfe für mathematische und physikalische Probleme sein soll, weiter nichts.

Wir, aus studentischer Sicht, sind da ganz anderer Meinung. Wir sind der Auffassung, daß der gesellschaftliche Aspekt im Bewußtsein des Ingenieurs mindestens den gleichen Stellenwert haben muß wie der technische.

Wenn der Ingenieur etwas entwickelt, dann muß er darüber nachdenken, was das Produkt für Folgen entweder für die Gesellschaft oder für die Umwelt

haben kann. Er muß mit Geistes- und Gesellschaftswissenschaftlern darüber diskutieren, ob die Menschheit überhaupt schon reif für sein Produkt ist,

ob das Produkt dem Wohle des Menschen dient, oder ihn schädigt. Der Ingenieur muß fähig sein, Kritik zu üben, auch dem Arbeitgeber gegenüber, selbst wenn dadurch sein Arbeitsplatz gefährdet ist. Er muß sich mit anderen Ingenieuren zusammensetzen und mit ihnen gemeinsam über Sinn und Zweck von diesem und jenem sprechen. Der Ingenieur darf sich heute nicht mehr dazu benutzen lassen, für irgendwelche "mächtige Tiere" neue Mordinstrumente zu konstruieren und zu bauen, denn schon morgen könnten seine eigenen Kinder dadurch sterben.

HARD-ROCK

CAFÉ

guck
mal
rein!



Billiard:

- Pool
- Carabomlage

Kicker

demnächst:
englische
Dart-Ecke

61 - Schanzenstr

Abbau der Sozial und Kulturwissenschaftlichen Fächer an der FH

Podiumsveranstaltung 17.1.83

"Vermittlung von gesellschaftswissenschaftlichen Lehrinhalten an Techn. Fachhochschulen"

Diese Veranstaltung war notwendig geworden, nachdem sich Zug um Zug zeigte, daß an der FH Giessen die allgemeinpolitischen Orientierungsveranstaltungen nach und nach verdrängt und abgebaut werden sollen. Dies zeigte sich exemplarisch an der Person Öser und dessen Lehrinhalten, ebenso wie bei Prof. Dörr (beide Lehrbeauftragte in TG), und so war es als Studentenvertretung notwendig, parallel zu den notwendigen Schritten gegen die Kündigung von Öser und Dörr bzw. deren Verdrängung von TG in andere Fachbereiche, allgemein den Sinn und Zweck von sozial- und kulturwissenschaftlichen Fächern und deren Vermittlung an Techn. FH's zu diskutieren um die dafür zuständigen Personen danach zu befragen, ob und wie sie von der Notwendigkeit dieser Fächer überzeugt sind und was sie inhaltlich als notwendig erachten, um den Studenten gesellschaftspolitische Grundlagen im Zusammenhang mit Ingenieursproblemen zu vermitteln. Um Euch, die Ihr nicht in TG studiert, einen Einblick in die bestehende Problematik S+K und TG zu geben, soll hier als voraussetzende Ausgangssituation vor der Podiumsveranstaltung eine Bestandsaufnahme TG am Fall Öser dem Gericht über die Podiumsdiskussion vorangestellt werden. siehe nebenstehende Dokumentation

Unter diesen Zusammenhängen war es natürlich klar, daß einige der geladenen Herren sehr sensibel auf die Problematik Öser geeicht waren und alles schlechte und böse in dieser Veranstaltung vermuteten. Dies zeigte sich sofort in der ersten Reaktion des Rektors Burge, der quasi direkt nach dem einleitenden Statement des Studentenvertreters; welcher lange und breit beweisführend darauf einging, welches die ursprünglich geteckten Ziele von S+K waren und der heutige Istzustand davon



Seit 1976 hält der Umweltbeauftragte der Evangelischen Kirche, Umweltpfarrer Oeser im Rahmen eines Lehrauftrages im übergeordneten Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften an der Fachhochschule G1/Friedberg Vorlesungen, die auf reges Interesse u. Anerkennung bei allen bisherigen Studentenjahrgängen stießen. Der Fachbereich S+K hat die Aufgabe, übergreifend für alle techn. Fachbereiche Vorlesungen zu halten, die die Sozial- und Kulturwissenschaften umfassen. Auf eine Empfehlung des Kultusministers vom Juli 1975 hin, ließ Umweltpfarrer Oeser im interdisziplinären Bereich der Umweltproblematik und des diesbezüglichen Technikeinflusses. "Grenzen des Wachstums", "Bürgerengagement im Umweltbereich", "Die Umweltpolitik des Landes Hessen" waren nur einige Themen, die Pfarrer Oeser in Seminaren mit seinen Studenten diskutierte. Diese Lehrinhalte entsprechen auch im vollen Umfang dem Studienprogramm und dem Aufgabenbereich des Fachbereiches S+K. Wurde Pfarrer Oeser im Zuge der Bildungsreform noch durch den Kultusminister für Universitäten u. Fachhochschulen als Lehrbeauftragter empfohlen, so besteht jetzt, da die Schraube der Bildungsreform Stück für Stück zurückgedreht wird, aus politischen Gründen kein Bedarf mehr für Oesers Lehrinhalte. Pfarrer Oeser soll zum kommenden Semester seinen Lehrauftrag nicht mehr erhalten. Verwaltungsrecht und Einführung in das Gesundheitswesen sollen als Ersatz dafür verstärkt an die Studenten herangetragen werden; wobei diese Tendenz äußerst fragwürdig ist. Beleuchtet man die BWL/wirtschaftlichen Fähigkeiten eines naturwissenschaftlichen Ing. mit 4 Wochenstunden auf diesem Gebiet u. deren Notwendigkeit bei vorhandenen weit besser ausgebildeten BWLern u. VWlern in jedem Betrieb. Faktum ist darüberhinaus jedoch, daß solche Fächer wie die der Oeser-Vorlesungen aus den techn. Fachhochschulen verbannt werden sollen. Jedes Nachdenken über die Rolle des Ing. u. seiner Technik wird damit ausgeschaltet. Das die Studenten gerade das Gegenteil dessen fordern, zeigt derzeit die Solidarität mit Pfarrer Oeser u. Prof. Dörr (ebenfalls Lehrbeauf-

widergibt und dabei kurz auch das Problem Öser ansprach; indirekt mit seinem Verlassen der Podiumsveranstaltung drohte und sofort versuchte, den Studentenvertreter mit Sanktionen (sinngemäß: Sie geben hier Informationen, die der Schweigepflicht unterliegen) einzuschüchtern. Im großen und ganzen waren also alle Profs mit Ausnahme von Öser und Dörr im Großteil ihrer "Argumente" damit befaßt, daß Thema Öser auszuklammern. Inhaltlich war von keinen der FH-Pros viel zu erfahren. Alle waren zwar pauschal für eine Vermittlung von gesellschaftlichen Fächern an Techn. Fachhochschulen, aber keiner war bereit, sich inhaltlich dazu zu äußern. Wurde schon von seiten der FH-Pros nicht inhaltlich diskutiert, so wurde doch aus einigen "Versprechern", deren Konsequenzen sie selbst nicht zu überschauen in der Lage waren, ziemlich deutlich klar, wo deren Position und Verständnis angesiedelt ist. Der Rektor an der FH läßt sich zu dem Satz hinreisen, Politik sei nicht lehrbar (wobei er sich auch noch eines falschen Zitates eines Kollegen bedient), obwohl er direkt neben einem Politikwissenschaftler der Uni Giessen sitzt, der natürlich besser als Bürger weiß, wievielen Studenten er schon in Giessen Politik gelehrt hat und wievielen Studenten in der gesamten Welt Politik vermittelt d.h. gelehrt wird. - Bezeichnendes Eigentor Herr Bürger. Ein deutliches Gebilde naturwissenschaftlicher Denkstrukturen unseres Rektors, $E = m \cdot c^2$ das sind Gesetze, die man lehren kann, alles andere ist ja ... Der Dekan von S+K läßt sich sogar nach unzähligen Versuchen der Studenten, die Veranstaltung doch noch auf inhaltliches Niveau zu bringen, zu der Frage hinreisen, ob den die

tragter mit ähnlichen Fächern, er soll ebenfalls seinen Lehrauftrag verlieren) durch sammeln von Unterschriften für deren Verbleib etc.. Wie weit das Engagement von Pfarrer Oeser von Studentenseite geschätzt wird, zeigte sich in dem Vorschlag der studentischen Vertreter im Fachbereichsrat, ihn zur Verleihung einer Honorarprofessur vorzuschlagen. Dieser Vorschlag lag bereits seit 3 Semestern als Antrag im Fachbereich vor. Als der Antrag von Studentenseite gestellt wurde, kamen innerhalb kürzester Frist von Professorensseite ebenfalls Kandidaten, deren Wahl als Vorschlag auf die Tagesordnung. Damit begann das Hinhalten u. taktieren der Professoren. Der ehemalige Dekan verlegte Teile der Bewerbungsunterlagen v. Pfarrer Oeser, parallel dazu wurde Pfarrer Oeser ein umfunktionierter seiner Vorlesung zu einseitiger Propaganda für bestimmte Umweltinteressen vorgeworfen u. schriftliche Anfragen von Prof. dazu verfaßt. Die Verleumdung von Pfarrer Oeser begann. Unter dem neuen Dekan, der alte trat wegen Ungereimtheiten seiner Amtsführung u. aus gesundheitlichen Gründen zurück, wurden Beschlüsse bewußt nicht ausgeführt u. Teile von Protokollen "verschlampt", d.h. beseitigt. In den zuständigen Gremien sprach man im Zusammenhang mit Oesers's Seminaren von "Luxus", auf den verzichtet werden könne. Eine Honorarprofessur für Oeser sei eine Schande für die gesamte Fachhochschule (... zum Stichwort Schande sei nur erwähnt, daß sich andere und namhaftere Hochschulen überhaupt nicht für Pfarrer Oeser schämen, sondern ihm die Ehrendoktorwürde verleihen). Man präjudizierte Pfarrer Oeser im Zusammenhang mit einem Startbahnprozess bereits vor der Verhandlung in unserem Fachbereich durch rhetorische Fragen, wie denn ein "normaler" Bürger zum Vorwurf einer Gefangenenbefreiung kommen könne. Und überhaupt, was soll denn Umweltschutz an einer Techn. FH? "Wo gibt's denn Baumsterben, nie gesehen" - alles von solchen Technikfeindlichkeitspredigern u. Maschinenstürmern erzeugte Stimmung! Dies war und ist die Stimmung des Fachbereichs gegen einen Mann, der bundesweit und über die Grenzen hinaus als ein Vertreter der Kirche bekannt ist, in deren Namen er seit Jahrzehnten wertvolle Arbeit im gesellschaftspolitischen Sinn für Umweltschutz u. Menschenrecht geleistet hat u. weiter leisten wird. Das Ergebnis war, daß die Professorenschaft die Abstimmung über die Honorarprofessur mit hammersprungähnlicher Stimm-Mehrheit ohne Rücksicht auf Beschlußverletzungen etc. durchpeitschte u. zwar in der Weise, daß 3 andere Kandidaten als Vorschlag zum Kultusminister geschickt wurden u. Pfarrer Oeser niedergestimmt wurde. Da die Studenten nicht bereit waren, an diesem abgekarteten Spiel teilzunehmen, verließen sie im voraus die Sitzung unter Protest u. kündigten ihre weitere Mitarbeit bis auf weiteres auf. Ein Schreiben an den Kultusminister wird als nächster Schritt nach Einschätzung der Studentenvertreter erforderlich sein, da sie sich von der Hochschulleitung wenig Klärung versprechen, sitzt doch der Prorektor der FH gerade in jenem zuständigen Fachbereichsrat, der Pfarrer Oeser niederstimmte. Politische Gründe werden natürlich für die Ablehnung Oesers weit von sich gewiesen. Diese Offenheit findet nur in Gremien unter Ausschuß der Öffentlichkeit statt. Vorgeschoben werden als Berufsgründe Dienstalter, Qualifizierung etc. um den wahren politischen Gründen aus dem Wege gehen zu können. Weiß man jedoch, daß Mitglieder des Berufungsausschusses bis zur Abstimmung über die Kandidaten noch nicht einmal Einblick in deren Bewerbungsunterlagen genommen haben, so können wohl Qualifizierungsmerkmale als Berufsgrund ausgeschlossen werden. Für uns bleibt die Gewisheit, daß hier eine politische Entscheidung gegen einen engagierten u. unbequemen Umweltschützer getroffen wurde, man will solchen Menschen den Kontakt zu Hochschulen u. Studenten verwehren.

Das dies ausgerechnet an einer Techn. Fachhochschule geschieht, mag bezeichnend sein. Es ist die logische Konsequenz im Schritt zurück zur alten Schmalspurausbildung der ehemaligen Ingenieurschulen der 50er Jahre. Es soll wieder der funktionierende u. mechanisierende Trittbrett-Ingenieur in die Gesellschaft geschickt werden. Nun dann, liebe Herren Professoren - weg mit dem Diplom-Titel (FH) u. natürlich auch weg mit Ihren ach so geliebten Prof.-Titel und wieder hin zur treffenderen Bezeichnung - Ingenieurschullehrer!

HERR REKTOR BURGER ...

Nach Rücksprache mit Bonn ist uns bekannt geworden, daß Sie Ihren Bericht über die Podiumsdiskussion vom 17.1.83 bei Frau Dorothe Wilms noch nicht abgegeben haben.....

Ihr ergebenster ASTA

Studenten überhaupt inhaltlich Interesse an jenen Fächern hätten, oder ob es ihnen nur um deren Erhalt ging, da dort die Scheine besonders leicht zu erhalten seien. Zwei Studenten Gesprächsversuche für die Katz, man kann ja wohl behaupten, daß so ein Mann überhaupt nichts, aber wirklich nichts gescheckt hat, worum es eigentlich geht.

Der stellvertretende Dekan TG begründet die Studienprogrammänderung und die Herausnahme von Dörr und Üser aus dem TG-Grundstudium wenigstens noch für seine Teil konsequent, führt aber auch die Studenten gleichzeitig hinter Licht, in dem er behauptet, im SS 83 würde davon noch nichts verwirklicht, die Tatsachen sprechen dagegen. Er gab auch zu, daß die Veränderungen der Studienordnung von S+K bestätigt werden muß, dies ist ebenfalls nicht geschehen. Auch ist die Prüfungsordnung und das Studienprogramm inhaltlich noch nicht vom Kultusminister genehmigt. Kurzum, die Veranstaltung war vonseiten der FH-Profis eine Farce, man hätte sie sich auch sparen können. Nur die Studenten die anwesend waren, die bekamen ein Life-Lehr-

stück Giessener FH-Professoren präsentiert, sie alle werden weiterhin unerschüttert die wissenschaftliche Autorität und Qualität der FH-Professoren bewundern. Es hätten leider mehr, hunderte Studenten dieses Schauspiel miterleben sollen, es war ein Schnellkurs, der 10 Semester Vorlesungen bei diesen Herren ersetzt. Zusammengefaßt kommen wir zu der Überzeugung, daß derzeit die Gesprächsebene mit den Profs verlorene Zeit ist. Wir haben jedenfalls den Versuch und das Angebot gemacht und mußten wieder Lehrgeld bezahlen.

Wir müssen uns auf unsere eigene Stärke besinnen, denn nur dann ist das letzte Wort über den Abbau dieser Fächer noch nicht gesprochen und, liebe Herren Ingenieurschullehrer, noch sind wir da und wir kommen immer wieder, Ihren C2 und C3 Stellenschlaf bis zur Pension aufrüttelnd und Sie immer noch geistig fordernd.

Zum Schluß unsere Vorstellungen zum Thema S+K und deren Inhalte: eine ausreichende Berufsqualifikation ist nur dann gegeben, wenn der an der Hochschule Ausgebildete erfahren hat, auf welchen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten sein zukünftiges berufliches Handeln beruht und wie es sich auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der anderen Menschen auswirkt. Die Hochschule muß über die besonderen Anforderungen eines Berufes hinaus die Studierenden

auf ihre Stellung in Arbeitswelt und Gesellschaft überhaupt vorbereiten. Sie muß ihnen deshalb zeigen, nach welchen Prinzipien Arbeit organisiert wird, welche gemeinsamen Interessen die abhängig Beschäftigten haben, wie sich unternehmerische Entscheidungen und betriebliche Maßnahmen auf Arbeitnehmer und Gesellschaft auswirken. Auch die Hochschul- ausbildung muß die Fähigkeit vermitteln, Handlungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft zum Nutzen aller Menschen einzusetzen, vor allem aber, für eine menschengerechtere Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen, hier als Beispiel Umweltverantwortung, Verantwortung bezügl. Technologieentwicklung, Rationalisierung etc.. Damit Hochschulausbildung ihrer gesellschaftlichen Aufgabe gerecht werden kann, müssen die fachwissenschaftlichen Ausbildungsanteile beständig an Wissenschaftskritik und Berufspraxis gemessen und interdisziplinär, vor allem durch die sozialwissenschaftliche Fragestellung Inhalte und Methoden ergänzt werden.

Dies bedeutet für uns, keine Herausnahme von Üser und Dörr aus dem TG-Grundstudium, keine inhaltliche Änderung der Orientierungsveranstaltungen Politik der einzelnen Studiengänge und die Neubesetzung der Professorenstelle des Politikprofessors Knauf. Die Verantwortlichen in TG, S+K und der Hochschulleitung müssen sich darüber im klaren sein, daß zu diesen Bereichen das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Unsere Kritik und Stellungnahme am MSB-Papier zur Iran-Diskussion.

Der MSB Spartakus, die DKP-nahe Hochschulorganisation, legte den Vertretern der Giessener Asten folgenden Aufruf vor:

Die Fakten und Tatsachen über das iranische Terrorregime sind allgemein bekannt, obwohl sie von den MSBlern bzw. DKPlern zum Teil geleugnet, zum Teil beschönigt werden. Im Iran wird die Macht z.Zt. von den Mullahs und deren Revolutionsgardisten ausgeübt. Fast täglich

Gießen, im Januar 1983

AUFRUF FÜR EINE GEWALTFREIE DISKUSSION

Wir, die Unterzeichnenden, verurteilen die gewalttätigen Auseinandersetzungen, die in jüngster Zeit in Gießen im Zusammenhang mit der Iran-Diskussion stattfinden.

Unabhängig von verschiedenen Einschätzungen und Positionen gegenüber den Ereignissen im Iran sind wir der Meinung, daß Schlägereien, Verleumdungen, psychische und physische Bedrohung von Personen, Gruppen und Parteien zu keiner Klärung der verschiedenen Standpunkte führen, sondern vielmehr ein Klima der Ausländerfeindlichkeit schaffen helfen.

Die komplizierten gesellschaftlichen Verhältnisse im Iran können nur dann kritisch und unvoreingenommen beurteilt werden, wenn Argument und Gegenargument frei von Verleumdung und Gewalt vorgebracht werden können. Personen und Gruppen die dieses demokratische Prinzip nicht berücksichtigen, machen sich unglaubwürdig.

Iraner abgeschoben
DAFMSTADT, 24. Februar (dpa). Wegen des dringenden Verdachtes, in Darmstadt einen 24-jährigen Landsmann aus politischen Motiven niedergestochen zu haben, wurde ein 25 Jahre alter Iraner in seine Heimat abgeschoben. Gegen den Iraner, einem Anhänger des Khomeini-Regimes, war schon im Zusammenhang mit den blutigen Auseinandersetzungen zwischen politisch andersdenkenden Iranern an der Universität Mainz im April vergangenen Jahres eine Ausweisung verfügt, dann jedoch nicht vollzogen worden.

Dieser Aufruf ist so allgemein gehalten, daß ihn eigentlich jeder unterzeichnen könnte. Man muß sich aber vor Augen führen, auf welchem Hintergrund er zustande kam und welchem Zweck er dienen soll. Der MSB hat ein starkes Interesse daran, das Khomeini-Regime im Iran zu unterstützen, doch hat er Schwierigkeiten, dieses Terror-Regime zu legitimieren. Der einzelne MSBler ist wahrscheinlich gar nicht so glücklich darüber, daß er dies Regime unterstützen muß. Aber da die Tudeh-Partei im Iran das Khomeini-Regime unterstützt und die Tudeh-Partei eine Schwester-Partei der DKP ist, so muß auch jeder MSBler, ob er will oder nicht (Parteidisziplin), das Regime im Iran unterstützen.

finden öffentliche Hinrichtungen und Folterungen statt. Ehebrechende Frauen werden öffentlich ausgepeitscht, oppositionelle Frauen werden in der Regel vor ihrer Erschießung vergewaltigt. Wie vereinbart sich dies mit der Frauenpolitik des MSB? Im Iran sind nach Schätzungen ca. 20.000 Oppositionelle hingerichtet worden, teilweise nach grausamen Folterungen. Die Gefängnisse sind überfüllt, so daß Sportstätten zu Gefängnissen umfunktioniert werden müssen. Der Arm der Gewalt reicht bis nach Deutschland. So überfielen Khomeini-treue Schlägertruppen ein Mainzer Studentenwohnheim und bedrohen immer wieder in Deutschland lebende Oppositionelle. Die Bedrohungen bzw. Provokationen sind uns aus den

Semestern in der FH und aus dem Studien-Kolleg bekannt. Die Drohungen der Khomeini -Anhänger richten sich häufig gegen die Familienangehörigen der Oppositionellen. Es wird mit Sippenhaft und Folter gedroht, so daß es zu Auseinandersetzungen kommen muß.

Nun wieder zu dem MSB-Papier. Der Asta der FH und die Basis-Gruppe an der FH erklären, daß sie sich selber gewaltfrei in dieser Auseinandersetzung verhalten werden, was sie bisher auch getan haben. Wir hoffen weiterhin, daß sich die Auseinandersetzungen gewaltfrei gestalten. Der MSB fordert in seinem Aufruf eine gewaltfreie Diskussion, dann soll der MSB doch eine öffentliche Diskussion über das Regime im Iran organisieren, bei der alle Gruppen eingeladen werden. Der FH-Asta stellt die Räume dazu zur Verfügung. Wir haben keine Angst vor einer Offenlegung der Tatsachen, vielleicht aber der MSB, der für sich in Anspruch nimmt, ein fortschrittliches, politisches Bewußtsein zu haben, der aber ein Regime unterstützt, das sich von den rechtesten Diktaturen an Gewalttätigkeit und Mißachtung der Menschenrechte kaum unterscheidet. Hier wird das politische Bewußtsein jedes einzelnen MSB'ers, wie schon so oft aufgrund der großmachtpolitischen Interessen der Sowjetunion geopfert. So ergeben sich für mich aus dem letzten Satz des MSB-Aufrufes zwei Fragen: Was versteht der MSB unter Demokratischem Prinzip? und: Wer macht sich unglaublich? Ebenso ist es sehr fragwürdig, mit dem Entstehen von Ausländerfeindlichkeit zu argumentieren. Wie entsteht denn Ausländerfeindlichkeit? Entsteht sie durch das Verhalten der Ausländer in der BRD oder durch das rassistische Gedankengut in großen Teilen der Bevölkerung, das in sozialen Krisenzeiten verstärkt auftritt? (diese Definition erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit). Daraus ergibt sich eine dritte Frage. Stellt sich der MSB auf die Seite derjenigen, die ein besonders angepaßtes Verhalten von Ausländern fordern? Wir betonen noch einmal, daß wir gegen gewalttätige Auseinandersetzungen sind, wir finden aber, es ist eine Infamie, daß die Unterstützer eines solchen Terror-Regimes, die auch noch die Schlägertruppen dieses Regimes in der BRD unterstützen, einen Aufruf zur gewaltfreien Auseinandersetzung heraus bringen.



Feind? Folter? Verschleppung? Politischer Mord?
Wir wissen von nichts!

LAK

Landes-ASTEN

Konferenz

Wie in jeder zweiten Parabel, so berichten wir auch in dieser von der letzten Landesastenkonzferenz (LAK).

Kurze Erklärung zur LAK:

Die LAK ist das Diskussionsforum der Hessischen Asten. Es gibt einen festen Sprecher, der von den Asten gewählt wird. In der LAK werden hauptsächlich Informationen und Erfahrungen ausgetauscht, Anregungen gegeben etc., es werden aber auch gemeinsame Resolutionen und Beschlüsse verabschiedet. Man kann sich das ganze etwa wie eine Vollversammlung vorstellen, nur mit einem kleineren Kreis von Leuten. Die Asten der Unis's (Giessen, Marburg oder Frankfurt) haben natürlich einen viel größeren Apparat zur Verfügung und stecken in vielfältigeren Diskussionen als die kleineren FH-Asten, so daß über das Gremium LAK Anregungen für politische Arbeit gegeben werden können.

Die letzte LAK fand am 1.2.83 in Giessen statt. Tagesordnung: TOP 1 Repression in Marburg und anderswo/ VdS-Kongreß zum politischen Mandat.

TOP 2 Koordination für das Sommersemester/ Vorschläge für einen neuen LAK-Sprecher

TOP 3 Vorbereitung der VdS-MV (Mitgliedsversammlung der Vereinigten deutschen Studentenschaften)

TOP 4 Aktion Öffentlichkeitsarbeit zur Bundestagswahl

TOP 5 Berichte

Anwesend waren: FH-Darmstadt, TH-Darmstadt, FH-Frankfurt, Uni-Frankfurt, FH-Fulda, FH-Giessen, Uni-Giessen, Uni-Marburg, Hochschule f. Gestaltung Offenbach und die FH Wiesbaden.

Zu TOP 1: Der Marburger Asta hat z.Zt. Klagen wegen Veruntreuung von studentischen Geldern am Hals. Nun ist es nicht so, daß die Marburger Geld in ihre eigene Tasche reinfließen lassen, sondern diese Anzeigen sind erfolgt, weil den Marburgern eine Inanspruchnahme des sogenannten "allgemeinpolitischen Mandats" vorgeworfen wird. D.h., die Gelder, die für ein Flugblatt ausgegeben wurden, das nach Auffassung der zuständigen Behörde allgemeinpolitischen Inhalts war, wurden als veruntreut angesehen und es erfolgten die entsprechenden Anzeigen. Diese Maßnahmen dienen der Kriminalisierung von aktiven Studentenvertretern und es scheint sich hier um eine neue Masche der Behörden zu handeln. Zur Problematik des allgemeinpolitischen Mandats tagte vor kurzem in Frankfurt ein VdS-Kongreß, der lt. Aussagen einiger Beteiligter wegen der schlechten Organisation ein Reinfall wurde.

Die Tagesordnung wurde dann etwas abgewandelt, da einige Vertreter der Landesschülervertretung (LSV) die LAK dazu aufriefen, die von der LSV geplanten BAFÜG-Demos am 1. März in Frankfurt und Kassel zu unterstützen.

Der Termin ist für Studenten in Hessen problematisch, wegen der in dieser Zeit liegenden Ferien. Somit können die hessischen Asten ihre Basis in dieser Zeit kaum mobilisieren. Die LAK unterstützte, trotz Differenzen über die Parolen, diesen Demonstrationsaufruf. Der Demonstrationsaufruf wurde einstimmig beschlossen.

TOP 2: Steht zur nächsten LAK-Sitzung am 25.3.83 an: Wahl des neuen LAK-Sprechers. Der einzige Bewerber ist bis jetzt der Uwe, ein Juso von der TH-Darmstadt.

TOP 3: Der VdS-Kongreß steht wieder mal ins Haus und zwar vom 28.3.-31.3.83 in Münster.

Kurz etwas zur VdS-Problematik: Die Basis-Gruppen arbeiten im VdS-Vorstand nicht mit, da sie mit der Verfahrensweise und den Inhalten der VdS-Politik nicht übereinstimmen können. Ebenso stehen die Jusos der VdS-Politik kritisch gegenüber, sind aber gleichwohl im Vorstand vertreten. Der Vorstand der VdS setzt sich z.Zt. aus einem MSBler (Marxistischer Studentenbund) einem SHBler (Sozialistischer Hochschulbund) einem LHVler (Liberaler Hochschulverband) und einem Juso zusammen. Die Jusos und die Basisgruppen haben jeder ein Papier ausgearbeitet, das vom VdS bestimmte Strukturveränderungen fordert, um eine sinnvolle Politik zu ermöglichen. Sollten diese Forderungen nicht erfüllt werden, könnte es bei den Jusos (das ist noch umstritten) ebenso zu einer Verweigerung der Mitarbeit im Vorstand kommen. Da die LHV politisch praktisch tot ist und im nächsten Vorstand nicht mehr vertreten sein wird, wäre die VdS nach dem Austritt der Jusos aus dem Vorstand nur noch eine Versammlung von MSB/SHB'ern, was für diese Gruppierung einen Gesichtverlust bedeuten würde, da sie den Anspruch haben, alle Asten zu vertreten. Der VdS, der sowieso nicht mehr die Mehrheit der bundesdeutschen Asten vertritt (wegen seiner MSB/SHB-orientierten Politik) würde dann zur Bedeutungslosigkeit herabsinken. Basisgruppen (BGs) und Jusos sind sich in ihren Forderungen im Prinzip einig. Unterschiede gibt es lediglich in der Gewichtung der einzelnen Punkte des BG bzw. Juso-Papiers. Siehe dazu auch den Artikel zu den Basisgruppen-Treffen.

TOP 4: wurde schnell abgehandelt, die Jusos werden im Wahlkampf am 6. März die SPD unterstützen, die Basisgruppen werden in ihrer Mehrheit die "Grünen" unterstützen.

TOP 5: wurde aus Zeitgründen nicht mehr behandelt. Zum Schluß wurde noch eine Presseerklärung der Uni-Frankfurt als Resolution verabschiedet.

Presseerklärung

Mit Trauer und Betroffenheit haben wir heute die Nachricht von der Ermordung unseres Freunds und Genossen Morteza Musawi im Teheraner Evin-Gefängnis vernommen. Wir kannten Morteza seit vielen Jahren. Er war in Frankfurt Mitglied der Conföderation Iranischer Studenten (Cisnu) und von 1975-1978 als Lehrer am Abendgymnasium und Mitglied des Personalrats seiner Schule tätig. 1959 reiste er in die BRD ein und studierte in Marburg Physik. Nach Beendigung seines Studiums hielt er sich mehrere Jahre in der USA auf und kehrte 1972 in die BRD zurück, wo er zunächst in Hanau und anschließend am Abendgymnasium in Frankfurt unterrichtete. Mit der ersten sich ihm bietenden Gelegenheit beendete er sein Exil und fuhr Ende 1978 in den Iran zurück. Nach dem Sturz des Schah-Regimes im Febr. 79 war Morteza als Dozent an der Teheraner Universität tätig. Er schloß sich sehr bald der Demokratischen Nationalen Front (DNF) an, in der er verantwortlich für die Arbeiterkomitees der DNF war. Morteza hat aus seiner ablehnenden Haltung zur islamischen Republik nie einen Hehl gemacht, sodaß er der ersten Säuberungswelle an den Hochschulen im Spätherbst 79 zum Opfer fiel. In der Folgezeit war vor allen Dingen aktiv am Aufbau der Unabhängigen Arbeitergewerkschaften beteiligt und Mitbegründer der Organisation der Unabhängigen Arbeiterbewegung.

Die Studentenschaft der J.-W. Goethe-Universität Frankfurt

Bericht über das Erste hessenweite Treffen der Basisgruppen.

Wie geht's mit dem VDS weiter?

Nach dem bundesweiten Basisgruppentreffen, in dem es im wesentlichen um die anstehende VdS-MV ging, war am 16.2.83 in Giessen das erste hessenweite Basisgruppentreffen. Die Initiative zu diesem Treffen ging dabei von der GBAL (Grün-Bund-Alternative Liste Marburg) und von den Basisgruppen der FH Giessen aus. Zur Sitzung erschienen: ein Vertreter der Basisgruppen Uni-Frankfurt, 5 Vertreter der GBAL Marburg, 2 Basisgruppenvertreter der FH Giessen, 2 Vertreter der Basisgruppen Uni-Giessen, ein Vertreter der Basisgruppen der FH-Darmstadt. Nach einigen kurzen Statements zur politischen Arbeit der einzelnen BG's wurde über den bundesweiten Basisgruppen-Kongreß in Bielefeld und dessen Ergebnisse berichtet. Dabei kam heraus, daß bei den Nord-Basisgruppen ein Trend besteht, sich den Grünen stärker anzunähern und sich eventuell in GAL (Grüne Alternative Liste) umzubenennen. In vielen BG's wurde lange über eine Annäherung zu den Grünen diskutiert und trotz kritischer und in einigen Punkten distanzierte Haltung, werden viele BG's bei der Bundestagswahl am 6. März 83 dazu aufrufen, die Grünen in den Bundestag zu wählen. Auf dem Bielefelder BG-Kongreß

wurde ein Papier verabschiedet, das die wesentlichen Punkten der Kritik am VdS bzw.

die angestrebten Veränderungen, die im VdS erreicht werden sollen, enthält.

Dieter Hummel
Deppendorfer Str. 11
4800 Bielefeld 1

Bielefeld, den 3. Febr. 83

Liebe Freunde vom VDS,

nachdem Ihr in letzter Zeit wiederholt bei verschiedenen Leuten angefragt habt, wie es denn nun um das Verhältnis VDS-Gruppen aus dem BG/GAL Spektrum steht, teilen wir Euch folgendes mit:

Ihr kennt doch unsere Forderungen ganz genau. So schlecht ist Euer Gedächtnis nicht, daß es nicht von einer Mitgliederversammlung zur anderen reichen würde. Aber um ganz sicher zu gehen teilen wir sie Euch gerne noch einmal mit.

- 1.) Unsere Repräsentanz im VDS-Vorstand muß unserer politischen Bedeutung entsprechen. Zwei Vorstandsmitglieder und einen Geschäftsführer halten wir für angemessen. Die Aufteilung im Vorstand sähe dann so aus: 2 GO (gewerkschaftsorientiert), 2 GAL/BG, 1 Jusos.
- 2.) Mehrheits- und Minderheitsmeinungen müssen dokumentiert werden, damit Auseinandersetzungen auf der Grundlage der gegenseitigen Nichtbeschneidung wieder möglich werden. Aus denselben Gründen kann das Konsensprinzip nicht Grundlage der Arbeit sein, natürlich sind aber gemeinsame Beschlüsse anzustreben.
- 3.) Das Massenpress wird eingestellt. An seine Stelle tritt eine pluralistisch strukturierte Massenzeitung mit Diskussionscharakter.

An die ASTEN werden Druckvorlagen verschickt, so können diese selbst entscheiden, ob und was sie drucken wollen. Weiterhin wird eine für alle linken Strömungen an der UNI offene Theoriezeitschrift installiert.

- 4.) Enthaltungen auf VDS-MVen werden als Enthaltungen gezählt und bei Beschlußfassungen außer Acht gelassen. Dies fördert die politische Auseinandersetzung und den verstärkten Zwang zum Konsens in heterogen besetzten ASTEN.
- 5.) Die Mehrheit bei Beschlüssen über gemeinsame Aktivitäten müssen geändert werden. clche Beschlüsse bedürfen einer 2/3 Mehrheit.
- 6.) Bundesastenkonzferenzen oder VDS-MVen müssen Beschlußgremien werden. Entscheidende Aktionsbeschlüsse und Aufrufe können nur noch von einem solchen Gremium gefaßt werden.
- 7.) Fachtagungen und Projektbereichen werden größere Rechte und finanzielle Autonomie eingeräumt.
- 8.) Die Beiträge der ASTEN werden, natürlich nur auf ihren Wunsch, nach dem Schlüssel der zwischen Basisgruppen und VDS ausgehandelt wurde verteilt.
- 9.) Als Selbstverständlichkeit betrachten wir es, daß dem Vorstand keine Vertreter völlig unbedeutender Randgruppen - in diesem Fall sog. Liberalen - in alle seinen Ausprägungen (Judos, LHV o.ä.) angehören.

Die Erfahrungen des letzten Jahres zeigen, daß diese Inhalte mit Euch, zumindest damals, nicht konsensfähig waren.

Wir erwarten, daß Ihr zu diesen Bedingungen bis zum 18. Februar 83 Stellung nehmt.

gez. GAL-Uni Hamburg
GAL Münster
GAL-Uni Bielefeld
GABL Marburg
BG Giessen
BG Osnabrück

Übersicht über die Ergebnisse zu den Studentenparlamentswahlen im WS 81/82

	WS 81/82	(WS 80/81)	(ausgewertet: 35 Hochschulen)
BASISGRUPPEN, Grün-Bund-Alternative, sonst. Linke	35.336	(27.710)	+ 7626. 27,09 % (22,05 %) + 5,04
K-Gruppen	330	(468)	- 138 0,25 % (0,37 %) - 0,12
Unabhängige Linke Listen	4.210	(2.269)	+ 1941 3,23 % (1,81 %) + 1,42
MSB Spartakus	11.980	(13.289)	- 1309 9,19 % (10,58 %) - 1,39
GO-Listen	3.741	(4.924)	- 1183 2,87 % (3,92 %) - 1,05
SHB	10.345	(11.282)	- 937 7,93 % (8,98 %) - 1,05
	(26.066)	(29.495)	(- 3429) (19,99 %) (23,48 %) (- 3,49)
JUSO-Hochschulgruppen	17.044	(20.007)	- 2963 13,07 % (15,92 %) - 2,85
Liberaler Hochschulverband	5.555	(5.544)	+ 11 4,26 % (4,41 %) - 0,15
	(22.599)	(25.551)	(- 2952) (17,33 %) (20,33 %) (- 3,00)
SLH	4.710	(4.716)	- 6 3,61 % (3,75 %) - 0,14
Unabhängige Rechte Listen	11.947	(11.406)	+ 541 9,16 % (9,08 %) + 0,08
RCDS	24.665	(22.670)	+ 1995 18,91 % (18,01 %) + 0,82
Neofaschisten, Burschenschaftler, RFS	553	(1.379)	- 826 0,42 % (1,10 %) - 0,68
	(41.875)	(40.171)	(+ 1704) (32,10 %) (31,97 %) (+ 0,13)
	130.416	125.663	+ 4753

Wesentlich für die BG's sind zwar alle Punkte des Bielefelder Papiers, besonders aber die Punkte 4,5,6 für die Jusos, die etwa die gleichen Kritikpunkte haben. Für die Basisgruppen ist der Punkt 1 wesentlichster Bestandteil unserer Vorstellungen. Beispiel zu Punkt 4: Wird im VdS ein Antrag gestellt und es gibt 100 Stimmen dafür, 10 Stimmen dagegen und 500 Stimmen Enthaltungen, so werden diese Enthaltungen als Nein-Stimmen gezählt und der Antrag ist somit abgelehnt. Die große Anzahl Enthaltungen im VdS kommt daher, daß viele ASTEN Koalitions-ASTEN sind und die Gruppen im ASTA sich gegenseitig bei der Abstimmung blockieren.

Zu Punkt 1, Repräsentanz der BG's, habe ich mal die Zahlen vom WS 81/82 beigeheftet. Es ergibt sich deutlich, daß von den bei der VdS-Mitgliedsversammlung vertretenen Gruppen (alle, außer den rechten Gruppierungen; unten am Tabellenende) die BG/GAL-Gruppen die stärkste Fraktion in der BRD sind.

Wir BG's glauben nicht, daß sich auf dieser Art eine sinnvolle Politik betreiben läßt. Bisher sind solche Veränderungen, wie sie in dem abgedruckten Papier dargestellt sind, immer am Widerstand der MSB/SHB/LHV-Koalition gescheitert, bzw.



durch die Uneinigkeit der Antragsteller gar nicht erst zustande gekommen. Beim nächsten VdS-MV-Treffen wird die LHV herausfallen, da sie politisch tot ist. Somit könnte sich ein Umschwung innerhalb der VdS-Politik anbahnen, sofern die Jusos, die auch untereinander in verschiedene Lager zerfallen, sich einig werden und mit den hoffentlich einigen BG's an einem Strang ziehen.

Da am gleichen Tag die Jusos ebenfalls in Giessen ein hessenweites Treffen hatten, trafen sich beide Gruppeirungen und dabei kam heraus, daß zumindest in Hessen Jusos und BG's mit ihren Vorstellungen zusammenarbeiten können. Es wird vor der VdS-MV noch zu einem weiteren bundesweiten Basisgruppen-Treffen kommen und zwar vom 11.-13.3.83 in Marburg.

Die Basisgruppe der FH-Giessen trifft sich z.Zt., da sie den ASTA stellt, jeden Dienstag um 18.00 Uhr bzw. 18.30 Uhr in der FH im ASTA (reguläre ASTA-Sitzung).



Der Eingang zum ASTA befindet sich auf der Rückseite des A-Gebäudes, die Sitzungen sind öffentlich. Geplant ist aber für die Zukunft ein zusätzliches Basisgruppen-Treffen, der Termin wird noch bekanntgegeben (bei genügend großem Interesse). Außerdem wollen die FH-BGLer eine eigene Zeitung neben der ASTA-Zeitung "Parabel" herausgeben. Mitarbeiter sind jederzeit erwünscht.

Wird der FH-Sport weggekürzt?

UNIVERSITÄTSSTADT GIESSEN

Der Magistrat

Der Dezernent für
Schule, Kultur und Soziales



Der Magistrat

Universitätsstadt Giessen - Der Magistrat - Postfach 110880 - 6300 Giessen II

Fachhochschule
Giessen-Friedberg
- Der Hochschulsportbeauftragte -
Herrn Professor Dr. Erwin Knauß
Wiesenstraße 14

6300 Giessen

Giessen, Berliner Platz 1

Tel 0641/306- 2015/2016

Sachbearbeiter:

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen, unsere Nachricht vom

Tag

III Th/Sr

11. Januar 1983

Betreff

Nutzung von städtischen Sporthallen durch die Fachhochschule
Giessen-Friedberg;

hier: Erhebung von Nutzungsgebühren

Bezug: Ihr an das Schulverwaltungsamt gerichtetes Schreiben
vom 23. 12. 1982 sowie verschiedene Gespräche mit
Herrn Stadtrat Schill und dem Unterzeichner

Sehr geehrter Herr Professor Dr. Knauß,

unter Bezugnahme auf verschiedene Besprechungen in der im Betreff genannten Angelegenheit und Ihr Schreiben vom 23. 12. 1982 an das Schulverwaltungsamt hat eine sehr eingehende Prüfung Ihres Anliegens auf weiterhin kostenfreie Bereitstellung von städtischen Übungsflächen zur Durchführung des Hochschulsportes der Fachhochschule Giessen-Friedberg stattgefunden.

Nach § 3 Abs. 4 des Hessischen Hochschulgesetzes vom 06. Juni 1978 haben die Hochschulen u. a. auch die Aufgabe, in ihrem Bereich die sportlichen Interessen ihrer Mitglieder zu fördern. Das Land Hessen ist verpflichtet, die finanziellen Voraussetzungen für die Erfüllung dieser den Hochschulen übertragenen Aufgaben zu schaffen. Dazu gehört ganz sicher auch die Zahlung von Mieten bzw. Nutzungs-entgelten für die Inanspruchnahme von Räumlichkeiten, die nicht im Eigentum des Landes Hessen stehen.

Dieser Sachverhalt wird - wie ich aus unseren Gesprächen weiß - von Ihnen auch nicht bestritten.

Es mag in der Vergangenheit durchaus üblich gewesen sein, daß die Stadt Giessen der Fachhochschule Giessen-Friedberg Sporthallen und Übungsflächen zur Durchführung des Hochschulsports überlassen hat. Daß dies eine freiwillige Leistung der Stadt war, auf die kein Rechtsanspruch besteht und aus der keine Verpflichtung abgeleitet werden kann, steht ebenfalls außer Zweifel.

- 2 -

Konten der Stadtkasse: Konten bei allen Banken in der Universitätsstadt Giessen Postfachamt Frankfurt/M. Kto. Nr. 11703-609 IBZ 7 500 1000

Es muß wieder gespart werden. Die Stadt Giessen (CDU-regiert) sieht sich nicht mehr in der Lage, die Sporthallen für den FH-Sport kostenlos zur Verfügung zu stellen. Das hieße, wenn die FH diese Hallenzeiten bezahlen sollte, müßten pro Doppelstunde ca. DM 30,- bezahlt werden. Nach Aussagen von Herrn Knauß würde das ca. 20.000 DM oder mehr kosten. Damit würde der FH-Sport zum Erliegen kommen. Rücksprachen und Briefe unseres FH-Sportbeauftragten Herrn Knauß mit der Stadt führten bisher noch zu keinem konkreten Ergebnis.

Von der Stadt war zu hören, es wäre nicht möglich bei der derzeitigen wirtschaftlichen Lage, die Hallen kostenlos zur Verfügung zu stellen. In den Verhandlungen mit der Stadt erreichte Herr Knauß zumindest die Zusage, daß der FH-Sport bis Ende des SS 83 noch wie bisher weiterläuft. Im Juni ist dann aber endgültig Schluß. Im September 83 kommt das neue Sportprogramm heraus, bis dahin muß eine Lösung gefunden sein.

Das ganze ist mir etwas unverständlich, da Vereine grundsätzlich von der Bezahlung der Hallenzeiten ausgenommen sind. Also würde bei der Gründung eines FH-Sportvereines die Stadt keinen Pfennig sparen. Das einzige was dabei herunkommt, sind Schwierigkeiten für die FH in punkto Finanzierung des Vereins, bzw. bei der Erhebung von Mitgliedsbeiträgen. D.h. jeder Student müßte einen zusätzlichen Beitrag neben den Kosten für das Studentenwerk von DM 50,- für den FH-Sport aufbringen. Es scheint für die Politik der CDU kennzeichnend zu sein (Beispiel BAFÖG), daß sie bei den Sozialschwächeren

- 2 -

Zu Beginn des Jahres 1981 hat der Magistrat eine Entgeltsordnung erlassen, die die Nutzung von städtischen Schulräumen - und dazu gehören auch die Sporthallen - zu außerschulischen Zwecken von der Zahlung eines Nutzungsentgeltes abhängig macht. Dieses Nutzungs-entgelt dient dazu, die der Stadt entstehenden Mehraufwendungen für Sach- und Personalkosten abzudecken.

Die Ihnen bekannte, außerordentlich angespannte Haushaltslage der Stadt verbietet es, freiwillig auf die Geltendmachung von Kosten gegenüber demjenigen zu verzichten, der zu ihrer Übernahme verpflichtet ist. Eine solche sachlich nicht zu rechtfertigende Entscheidung hätte darüber hinaus eine Präzedenzwirkung, die die vom Magistrat beschlossene und von den zuständigen Ämtern angewandte Entgeltsordnung infrage stellen würde.

Im vorliegenden Falle sehe ich mich nach sorgfältiger Abwägung aller von Ihnen vorgetragenen Umstände unter Berücksichtigung des von mir geschilderten Sachverhalts deshalb zu meinem Bedauern nicht in der Lage, die Fachhochschule von der Zahlung des vom Schulverwaltungsamt angeforderten Nutzungsentgeltes zu entbinden.

Ich weiß, daß dies für den Sport der Fachhochschule Giessen-Friedberg zu Schwierigkeiten führt, bitte aber, für meine Argumentation Verständnis aufzubringen.

Vielleicht besteht die Möglichkeit, die Justus-Liebig-Universität zu veranlassen, ihre Sporteinrichtungen der Fachhochschule Giessen-Friedberg zur Mitbenutzung zur Verfügung zu stellen. Es scheint mir empfehlenswert, sich mit diesem Anliegen an die Verwaltung der Justus-Liebig-Universität zu wenden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Thomas
Stadtrat

(Studenten) versucht, noch mehr abzuknappen, obwohl ein Großteil der Studenten heute schon Schwierigkeiten hat, sich selbst zu finanzieren. Der anderen Möglichkeit (neben der Möglichkeit einen FH-Sportverein zu gründen) die FH-Studen-

ten in das Sportprogramm der Uni zu integrieren, gebe ich nur geringe Chancen. Nach Auskunft von Herrn Rektor Burger soll versucht werden, von Fachhochschulseite aus, das Sportangebot auf die eine oder andere Art zu retten.... Hoffentlich !!!

Entgeltsordnung

für die Überlassung von Schulräumen, Schulsportanlagen und sonstige schulische Einrichtungen zu außerschulischen Zwecken

2. Sporthallen

a) eine Sporthalle bis 399 qm	30,-- DM
b) eine Turnhalle von 400 qm - 699 qm	40,-- DM
c) eine Turnhalle ab 700 qm	50,-- DM
d) eine Gymnastikhalle	20,-- DM

-14-



NACHRICHTEN

Jetzt 4655 Studenten an der Fachhochschule

Aufnahmekapazität damit bereits erreicht?

Gießen (Hr). Der Strom von Bewerbern für die Fachhochschule (FHS) Gießen-Friedberg hält unvermindert an. Wie Rektor Professor Dr.-Ing. Holmut Burger gestern bekanntgab, verzeichnete die FHS mit derzeit 4655 Studenten im auslaufenden Wintersemester eine Steigerung der Studentenzahlen von 20,7 Prozent, im Vergleich zum vorangegangenen Wintersemester. Für das Sommersemester zeichne sich aufgrund der Bewerberzahlen noch einmal eine Steigerung von rund 18 Prozent ab.

Diese „Überlast“ an Studenten kann die FHS laut Burger nicht ohne planerische Zusatzmaßnahmen bewältigen. Die Fachhochschule verfüge nämlich nach den Richtlinien des Planungsausschusses für Hochschule nur über eine Aufnahmekapazität von insgesamt 2333 Studenten. Um die Situation zu entschärfen, hat der hessische Kultusminister zusätzliche neue Planstellen und angestrichelte Stellen für die Aufnahme von Studenten angekündigt. So solle die FHS zum Sommersemester 1984 insgesamt zehn neue Professoren und vier Mitarbeiterstellen für die FHS beschließen haben. Diese Stellen könnten jedoch erst nach der Verabschiedung des ordentlichen Landeshaushaltes 1983 wirksam werden. Demgegenüber seien „die Fachbereiche irreal anmutenden Stellenstrichungen und Stellenbesetzungen“ voll wirksam. Falls die angekündigten Planstellen nicht eingerichtet werden sollten, könnten einige Fachbereiche zum Sommersemester 1984 keine neuen Studenten mehr aufnehmen, erklärte Burger.

Jeder 10. Student macht kein Examen

Studie: Akademiker-Kinder brechen Studium häufiger ab

Die Hochschulen werden von Bildungspolitikern und den künftigen Arbeitgebern eines Großteils ihrer Absolventen aus dem Studium verwiesen. Die Zahl der Studienabbrecher wird – je nach politischem Standpunkt – der Institution und Universität als ihr Versagen angesehen oder aber als das notwendige Ergebnis von Ausleseverfahren. Die gerade an der „Massenuniversität“ erforderliche Selektion wird in der Diskussionen über diese Problematik flammend in den vergangenen Jahren immer wieder neu auf, zumal viele Untersuchungen von 20, 25 oder noch mehr Prozent nachweisen.

Abbruchquote schwankt

Die Zahl solcher Untersuchungen geht in die Hunderte, und die Ergebnisse sind je nach methodischem Vorgehen unterschiedlich. Die Kultusministerkonferenz ermittelte eine Abbruchquote von 21 Prozent an wissenschaftlichen Hochschulen und von 16 Prozent an Fachhochschulen. Vor zwei Jahren überraschte eine Studie, die die Abbruchquote nur noch bei fünf bis zehn Prozent einschätzte. Analysen vom Hochschul-Informations-System (HIS), eine vom Bund und den Ländern getragene, in Hannover ansässige Einrichtung, kommen ebenfalls zu dem Resultat, daß weniger als jeder zehnte Student des Studiums den Rücken kehrt. In der öffentlichen Diskussion wird die Höhe der Studienabbruchquote vielfach überschätzt, da häufig auf alte Untersuchungsergebnisse zurückgegriffen wird, meint HIS.

„Abbrecher auf Zeit“

Eine andere, entscheidende Ursache für stark voneinander abweichenden Zahlen sieht HIS in der unterschiedlichen Definition des Begriffs Studienabbrecher. Auch dieses Institut kommt zu einer Quote von 19 Prozent an wissenschaftlichen Hochschulen und zehn Prozent an Fachhochschulen, wenn die „Studienabbrecher auf Zeit“, die später wieder an die Hochschule zurückkehren, und die Studienabbrecher, die bereits einen Hochschulabschluß haben, aber ein zweites, mitgerechnet werden. Nach den Untersuchungen, die von HIS, aber auch von anderen Institutionen oder Wissenschaftlern vorgenommen wurden, ist es nicht gelungen, den Studienabbruch auf einige wenige in der Person des Studenten oder in der Struktur der Institution zu suachende Ursachen zurückzuführen.

Studienreform

Trotz der niedrigen Abbruchquote gibt HIS den Hochschulen den Rat, ihre Bemühungen um eine Studienreform nicht zu vernachlässigen. In vielen Studiengängen könnte durch eine klare Strukturierung des Studiums, einer Durchforstung der Studieninhalte und durch eine bessere Vorbereitung der Studenten auf den Beruf die Ausbildung wesentlich verbessert werden. Gerade weil der Kommunikationsprozeß an der Hochschule angesichts der geburtsstarken Jahrgänge der geburtsstarken Jahrgänge werde, seien Anstrengungen erforderlich, die Beratung der Studierenden zu intensivieren. „Abbrecher auf Zeit“ könnten dann rechtzeitig Alternativen aufgezeigt werden.

Friedhelm Henkel

Antrag auf Umbenennung in „Christian-Klar-Universität“

KIEL. 24. Februar. In einem Vorermittlungsverfahren prüft die Kieler Staatsanwaltschaft, ob der stellvertretende ASTA-Vorsitzende der Universität Kiel, Staudt, den Straftatbestand der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung erfüllt hat. Falls sich der Verdacht erhärtet, werde das Verfahren an den Generalstaatsanwalt abgegeben. Staudt hatte im Studentenparlament beantragt, die Universität Kiel nach dem inhaftierten Terroristen in „Christian-Klar-Universität“ umzubenennen. In seiner Begründung sagte Staudt laut Protokoll des Studentenparlamentes, sein Vorschlag stehe nicht im Widerspruch zu dem Brauch, Universitäten nach Toten zu benennen. Wörtlich fügte er hinzu: „Christian Klar ist so lange für tot zu erklären, bis wir ihn befreit haben.“ Der Antrag fand im Studentenparlament keine Mehrheit. Der Kieler ASTA ist eine Koalition der Jungsozialisten-Hochschulgruppe und den bis weit in die alternative Szene hineinreichenden Fachschaftvertretungen. Staudt gehört der studentischen Fachschaft Biologie an. Er möchte inzwischen seinen Antrag auf Ratifizierung stellen lassen.

Iraber abgeschoben

DARMSTADT. 24. Februar. (dpa). Wegen des dringenden Verdachtes, in Darmstadt einen 24-jährigen Landsmann zu haben, wurde ein 25 Jahre alter Iraker in seine Heimat abgeschoben. Der Iraner, einem Anhänger des Khomeini-Regimes, war schon im Zusammenhang mit den blutigen Auseinandersetzungen zwischen politisch andersdenkenden Iranern an der Universität Mainz im April vergangenen Jahres eine Ausweisung verfügt, dann jedoch nicht vollzogen worden.

Frauenfeindliches in der Schule

BONN. Unter dem Titel „Frauen und Schule“ erschien beim Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft die erste aus öffentlichen Mitteln geförderte Aufarbeitung des Stundes der „feministischen Schulforschung“ in der Bundesrepublik. Das 125 Seiten starke Gutachten wurde von einer Gruppe von Frauenforscherinnen im Auftrag des Ministeriums erstellt und enthält Beiträge über die Situation von Schülerinnen, Lehrerinnen und Müttern angesichts der „Frauenfeindlichkeit der gegenwärtigen Schule“, wie es im Vorwort heißt. Im Mai 1982 hatten die Verfasserinnen in Gießen eine „Pachttagung Frauen und Schule“ durchgeführt, deren Ergebnisse in die Texte eingeflossen sind. Die mit der Redaktion des Gutachtens beauftragte Gießener Soziologin Uta Enders-Dräger schreibt in einem Nachwort, angesichts der „Fülle und Vielschichtigkeit“ der Probleme der schulischen Sozialisation von Mädchen und Frauen sei ein Intensivierung der feministischen Schulforschung ebenso notwendig wie eine Überprüfung von Lehrplänen, Lehrinhalten und Unterrichtspraxis.

107 000 Studenten an hessischen Hochschulen

Wiesbaden (Hr). Die Zahl der Studenten an den hessischen Hochschulen ist innerhalb eines Jahres nochmals um rund 6,8 Prozent angestiegen. Im Wintersemester 1982/83 waren in Hessen knapp 107 500 Studenten eingeschrieben. Zwölf Monate zuvor waren es noch 100 500. Die Zahl der Studienanfänger nahm in diesem Zeitraum sogar um rund 7,9 Prozent zu, nämlich von knapp 25 300 auf knapp 27 300. Diese Angaben machte das Kultusministerium gestern.

Honecker empfing Bräutigam

An der Fachhochschule sind Mädchen rar
Rektor Prof. Burger: Die Prozentzahlen liegen unter Bundesdurchschnitt

Gießen (Hr). An der Fachhochschule Gießen sind die Mädchen rar. Das geht aus dem Jahresbericht 1982 von Rektor Prof. Dr.-Ing. Burger hervor. Danach waren von 4655 eingeschriebenen Studenten des Wintersemesters 1982/83 nur 368 oder 7,9 Prozent weiblichen Geschlechts. Am stärksten sind die Damen in den Studiengängen Mathematik mit 32 Prozent, Betriebswirtschaft mit 28 Prozent sowie Technisches Gesundheitswesen mit 15 Prozent vertreten. In den traditionellen ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen sind die Anteile weiblicher Studenten dagegen deutlich niedriger, nämlich 2 Prozent in Elektrotechnik I und II, Maschinenbau und Werkzeugtechnik sowie Maschi-

nenbau und Produktionstechnik. Bis 5 Prozent Mädchen sind im Studiengang Energie- und Wärmetechnik, bis 7 Prozent in den Studiengängen Bauingenieurwesen und Gießerei- und Werkstofftechnik eingeschrieben. Diese Prozentzahlen liegen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Professor Burger bedauerte, daß sich im oberhessischen Raum, aus dem die FH-Studierenden größtenteils stammen, die Frauen noch von der Technik „fernhalten“. „Man sollte ja Frauen zur Aufnahme eines technischen Studiums ermuntern“, sagte der Rektor. Der hohe Anteil von Studentinnen im Studiengang Mathematik zeige, daß technisch ausgerichtete Begabungsstrukturen vorhanden seien.

Abwehr von Studienbewerbern aus der Dritten Welt

Zu dem Artikel von Hans Schwab-Pölisch „Der weinende Dritte“ (FAZ, vom 8. Februar) folgende Ergänzung: Innerhalb weniger Monate haben Sie dieses Mal in einem großen Artikel im Feuilleton, darauf hingewiesen, daß die Teilnehmerzahl von Deutschkursen der Goethe-Institute und zwar nicht nur im Ausland, sondern nun auch im Inland, und baldes kann auch nicht mit der rückläufigen Zahl von Spätaussiedlern übereinstimmen. Abgesehen davon, daß für eine zukunftsorientierte Kulturpolitik und eine Institution zur Förderung der deutschen Sprache und der deutschen Kulturpolitik und eine Institution keine so große Rolle spielen dürfte, fehlt in Ihren Berichten jeder Hinweis auf den dramatischen Rückgang einer anderen und kulturpolitisch sicher ein interessanter Zielgruppe, nämlich der ausländischen Studienbewerber aus Land-Pfalz, und in Nordrhein-Westfalen ist bei der Bewerbung für das Wintersemester 1982/83 diese Zahl um etwa 80 Prozent (9) zurückgegangen, in anderen Bundesländern wird es ähnlich sein, und ein weiterer Rückgang ist zu erwarten. Das muß sich auch bei den inländischen Goethe-Instituten bemerkbar machen.

Ausländische Studienbewerber kommen bislang mit einem Touristeneinstimmung zu uns, bekennen hier, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen, eine ihrer Matrikel an kommunellen Institutionen, so auch den Goethe-Instituten, in der einen oder anderen Form möglich war. Dieser Weg ist durch die Beschlüsse der Kultusminister vom Frühjahr 1981 versperrt. Das von den Kultusministern verlangte Studientestverfahren ist nicht nur das Erlernen der deutschen Sprache bereits im Heimatland voraus, sondern macht unabhängig vom Studium unmöglich, jedes Ausländerstudium einmal und gleichgestellten Ländern das Augenmerk richten!

Dr. Rolf Wilhelm, Vorsitzender der Vereinigung zur Förderung des Ausländerstudiums in Rheinland-Pfalz, Mainz

